

Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Ausgabe: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftsberater, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Preis für den Normalen Preis 2 RM, (halbjährlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 1 RM, (ohne Aufstellungsgeschäft); Verlag: "Arbeiter-Zeitung", Dresden-Al., Geschäftsstelle und Expedition: Geschäftsstelle, 2 / Grenzach-Sammelnummer 14191 / Polizeidienstamt Dresden Nr. 13553, am Schlegelstrasse 2 / Grenzach-Dresden-Al., Güterbahnhofstr. 2 / Frankf.: Altona Dresden Nr. 17259, Druckerei: "Arbeiter-Zeitung" Dresden / Sperrstunden der Redaktion: Wochnenr. 4-6 1926 (außer Dienstag u. Donnerstag)

Abonnement: Die neuromm gesetzte Monopoleigentum oder deren Raum 0,50 RM, für Familienangehörige 0,20 RM, für die Arbeiterzeitung entsprechend an den beteiligten Teilstücken 1,25 RM. Abonnement-Zeitung liegt vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Al., Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiter-Zeitung" erscheint möglichst zuerst am Sonn- und Feiertagen / In allen höheren Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Durchsetzung des Abonnements

Jahrgang

Donnerstag, den 21. Oktober 1926

Nummer 235

Um das Diktaturgesetz

Das Ausnahmegesetz des Republikaners Rühl mit dem Entwurf identisch

Berlin, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Gegenüber den Behauptungen des Reichsinnenministers, daß der offizielle Entwurf des Diktaturgesetzes nicht der richtige sei, erläuterte die "Völkische Zeitung" eine ausführliche Abwehr durch die Arbeiterschaft. Diese kann fast in den Entwurfen mit dem verdeckten Überein. Auch die Aufführung des Reichstags ist darin enthalten. Lediglich ein in den Beziehen zu Flüchtlingslager als Beziehungsauflage Stelle des militärischen Beschlusses kommen. Jedoch sollen die militärischen Beschlüsse beantragt werden, falls "die Macht nicht anders gesichert werden kann". Es ist verfügt, daß der bürgerliche Beauftragte dem militärischen Beschlüsse an alle gestellt werden soll, der dessen Rechtsverordnungen genehmigen soll. Über auch diese Bestimmung wird gleich ausdrückt, daß der militärische Beschlüsse auch bei "Gefahr im Verzuge" den bürgerlichen Beauftragten höchstmöglich Mittellung von Maßnahmen zu machen.

Damit ist das Dementi des Reichsinnenministers Rühl, der sich nun, es handle sich bei den Veröffentlichungen der "Völkischen Zeitung" nur um eine "Referenzstudie", glatt stellt. Herr Rühl distanziert sich ein, man würde ihm Glauben und ihn in aller Ruhe sein Diktaturgesetz vorbereiten. Da in seinem Buch kann aber die "Röhr-Kritik" leicht festgestellt werden, daß der verdeckte Entwurf tatsächlich mit dem offiziellen Entwurf des zuständigen Referenten im Reichsinnenministerium, Ministerialrat Dr. Höse, fast deckt. Der Schwindel des Reichsinnenministers ist entblößt. Die Frage des geplanten Gesetzes steht verschärft in der Öffentlichkeit. Der eigene Inhalt des Gesetzes, den die "Völkische Zeitung" veröffentlicht, ist nun uns bereits wiedergegeben worden. Er lautet also anders, als alle Macht in die Hände des Militärdiktators und der örtlichen militärischen Beschlüsse zu legen, Aufführung des militärischen Schutzbefehles, um, um kommt nun die völlige Auskaltung des Reichstages, der Staatsgerichtshof muß erst entscheiden, ob die militärischen und zivilen Diktatoren irgendeine Diktaturmaßnahme auf Reichsniveau durchführen dürfen müssen. Das ist das wahre Gesicht der sogenannten Demokratie. Die augenblicklich Erfüllung durch Herrn Rühl und seinen Ausklangen ist höchstverständlich. Sie steht hörend auf die politische Tafel vor nächsten Tagen. Das Diktaturgesetz steht in enger Verbindung mit der Neutralität der deutschen Bourgeoisie und mit ihren Bewegungen um eine neu imperialistische Außenpolitik. Imperialismus will noch außen bedeuten aber vornehmlich Durchsetzung der Nationalisierung, diktatorische Niederhaltung der arbeitenden Massenbewegungen und gestaltete, militärisch-fascistische Einfällungen und Vorbereitungen im Innern. Zur Durchsetzung dieses Ziels wählt die deutsche Bourgeoisie in dieser Situation die Große Koalition als den praktischen Weg. Die Bourgeoisie weiß bestimmt, daß die sozialdemokratischen Arbeitnehmer nicht wenigen Tagen für die Große Koalition ausspielen werden, bereitstellen werden, das Ziel der Bourgeoisie vor der Arbeiterschaft zu verschleiern und praktisch durchsetzen werden. Die deutsche Arbeiterschaft aber hat die großen militärischen Erfahrungen hinter sich, daß im Jahre 1923 die Große Koalition der Wegbereiter der Sozialstaat ist, das sie gewesen ist. Mit blutigen Lettern ist diese Erfahrung die Gedächtnis der Arbeiterschaft der letzten Jahre eingraviert. Es gibt nichts, was davon sprechen könnte, daß die sozialdemokratischen Minister in der nächsten Großen Koalition das soziale Ausnahmegesetz nicht ebenso einzutragen werden, wie Röhr und seine Leute im Oktober 1923 den Artikel 48 erlassen, um die Arbeiterschaft brutal niedergeschlagen und die Reichsregierung gegen die tatsächlichen Arbeitnehmer einzusehen.

Wilhelm Rüdiger

"Militärischer Vorschlag vorbehalten".

Berlin, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der antikommunistische Journalist Karl von Wiegand hat von Berlin aus in einem Telegramm nach Doorn angefragt, ob die Gerüchte über die Rückkehr Wilhelm II. bestehen. Es ist kein Antwort erhalten. Als Antwort erhält er aus Doorn folgendes Telegramm: "Über ein Ereignis, das keine Majestät des Kaiser Willen der Vorziehung anheimgestellt hat, kann selbstverständlich keine Auskunft verteilt werden. Auf allen höchsten Befehl: Graf von Schmettow."

Dieses Telegramm zeigt entgegen allen Dementien, daß vor Eröffnung an eine baldige Rückkehr denkt. Die Monarchisten rüsten zu seinem Empfang und während die sozialdemokratischen Führer den Hohenstaufen den Millionenreich ermordeten, formieren sich die Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaftsverbünden des sozialdemokratischen. Unter der Führung der KPD wird die Abwehrfront organisiert und verbreitet.

Arbeiter! Nehmt euch gegen die Unschuld der monarchistischen Reaktion! Süßt die rote Klassefront! Werdet Kämpfer in den Reihen der kommunistischen Partei!

Der sozialdemokratisch-bürgerliche Kuhhandel in Berlin

Zu der gestrigen Meldung der "Roten Fahne", daß die Berliner SPD mit den bürgerlichen Parteien über die Bekämpfung sozialdemokratischen Vereinbarungen gekommen habe, erklärt der "Vorwärts" in seiner gefürchteten Abendausgabe, es sei falsch, wenn die "Rote Fahne" behauptet, daß Reuter-Aristos Stadtteil für das Verkehrsweinen werden sollte. Diesem Dementi des "Vorwärts" stehen jedoch die Ausschlüsse zweier bürgerlicher Zeitungen, des "Berliner Tageblatts" und der "Völkischen Zeitung", gegenüber, die gestern von den Verhandlungen zu berichten wissen und bestätigen, daß Reuter-Aristos für den Verkehr eines belebten Stadtteiles in Vorrichtung gebracht werden soll.

Es steht also fest, daß die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien Vereinbarungen getroffen haben und nicht daran denken, die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit im Interesse der Weltläufigen auszunutzen.

Freispruch im Stresemann-Berghörerprozeß

Die beiden früheren Angestellten des firms Siemens, Karl Kallendorff und Werner Lorenz, die Ende des Jahres 1925 den Plan fachten, den Reichsaußenminister Stresemann zu bestechen, sind gestern vom Schwertergericht freigesprochen worden.

Die beiden Angeklagten hatten verloren, ein Attentat auf Stresemann zu organisieren und durchzuführen. Die Anklage stellte somit dar, daß Kallendorff an einen Münchner Rechtsanwalt einen Brief über die Angelegenheit schrieb, der dann diesen der Polizei ausbandierte. In der Verhandlung behauptete der Angeklagte Kallendorff, das Ganze sei nur ein "Blauwaff" gewesen oder ein konkretes Werkstück für einen Roman, den er schreiben wollte. Der Angeklagte Lorenz stellte sich noch dämlicher und behauptete, er habe geglaubt, es handle sich um ein Geschäft, und Briefe habe er nur unterrichtlich, um, wie das höflichen Menschen üblich ist, unbedarfte Weise freundliche Grüße anzufügen. Den Text habe er wegen der schlechten Handchrift seines Freunds sowieso nicht lesen können. Beide Angeklagte sind wegen Verzugs, Lorenz außerdem wegen Betriebs und Unterklugung, Kallendorff noch wegen Hochverrat vorbestraft.

Das Gericht lehnte ihnen Gläuben. Der Staatsanwalt jedoch beantragte Freispruch. Der Mordplan wäre über eine theoretische Unterhaltung nicht hinausgekommen!

Gieg des Leninismus

Der "Durchbruchskampf", die der prinzipielle Block der Opposition in der Röhr-SU unter Führung Trotski und Sinowjew der Parisermeute liefern wollte, ist die Niederlage an der ganzen Front gefolgt. Die Opposition berief sich auf die Arbeiterschaft der Leningrader Betriebe. Sie verblieb dabei mit der "Arbeiteropposition" Schlappfuß und Medwedew, aber die sozialrevolutionären Arbeiter waren es — und die Leningradarbeiter an der Spitze —, die die Opposition bis hart an den Rand der Partei zurückdrängten. In diesen wenigen Tagen des fraktionellen Überfalls auf die russischen Parteizellen stand der Leninismus eine Feuerprobe, deren Bedeutung weit über die erfolglosen Beendigung der Parteidisputationen der letzten Jahre hinausging. Diese Tage, in denen Trotski und Sinowjew die "Revolution retten" wollten, bewiesen vierfach:

Erstens: die tiefwurzelnde Kraft des sozialrevolutionären Zentralismus, der von der untersten Zelle bis zur höchsten Instanz die Partei zu einem ehemaligen Gangen vereinigt.

Zweitens: Die Einheit der Ideologie des Leninismus und seiner den Sozialismus ausbenden Praxis.

Drittens: Die Ausichtslosigkeit, durch Zusammenfassung oppositioneller Gruppierungen, die teilweise den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues, teilweise den gewaltigen Schwankungen Sinowjews und Kominterns, teilweise dem antisozialistischen System der Politik Trotski entspringen, die Einheit der Partei Lenins zu sprengen.

Viertens: Eine nochmalige Bestätigung der im Laufe der russischen Revolution von 1905 bis 1926 unzählig mal durch die Geschichte erkannte Tatfrage, daß der Trotzkismus wieder instande ist, revolutionäre Arbeiter zu gewinnen, nach den Gang der Revolution zu beschleunigen, oder sie zu führen.

Gesiegt hat nicht nur das Zentralkomitee und unterlegen nicht nur Trotski und Sinowjew. Gesiegt hat der Leninismus, verloren durch die kollektive Einheit der sozialrevolutionären Partei und unterlegen ist der "Stalin-Geist-Herrschafts-Gott", der nichts neues der Revolution einbringt und vor seine Verkörperung in der Verbindung zwischen dem Gegner des Leninismus Trotski und der "schwankenden Gestalt des Leninismus" Sinowjew land.

Die Erfahrung der russischen Opposition ist kein Kompromiß des Zentralkomitees. Sie definiert nicht nur die Unterwerfung unter die Kompromißlinie und die Lehre der Parteilehre. Sie definiert den ideologischen Zusammenbruch der Opposition. Aus ihrem ganzen Sturm gegen die Theorie und Praxis des Röhr-SU hat die Opposition nur einen Sieg gerettet: Aus gewissermaßen stehen wie auf dem Boden dieser Ansichten. Über dieser "Boden" besteht nur in den Köpfen der oppositionellen Führer. Er ist völlig losgelöst von der Partei und ist widerlegt von der Praxis der Aufbaupartei. Dieser "Boden" ist das Rückzugsfeld der Führer ohne Namen. Er zeigt die Niedergang des oppositionellen Siebenmännerkollegiums durch Trotski, zu dessen Prinzipien es keins gehörte, je nach den Sprüngen seiner politischen Politik, sich der organisatorischen Normen eines Kampfes zu entledigen und die politischen beizubehalten — oder umgekehrt. Das Zentralkomitee antwortet im Namen des Leninismus:

„Die Aufgabe besteht darin, unter Fortleitung der ideologischen Kämpfung der präzisesten Taktiken der Opposition, von denen das erlangte Minimum zur Sicherung der Parteilehre tatsächlich durchgeführt werde.“

Der Leninismus kennt Kompromisse in der Taktik, jedoch kein Kompromiß in den Grundlinien. Die Opposition Trotski-Sinowjew wollte die leninistischen Grundlinien durch die grundlose Taktik Trotski erlösen. Die deutschen Kommunisten verlangen seine „Concord-Gänge“. Aber sie wollen im Interesse der revolutionären Bewegung der ganzen Welt Garantien gegen weitere Überfälle des Trotzkismus. Und das um jeden Preis. Wir haben das letzte Wort, wir sagen, daß die Führung unserer russischen Bruderpartei die Garantien in der führenden Partei der Roten und damit in der Weltpartei selbst schaffen wird.

Aus dem Kommuniqué des Zentralkomitees der Röhr-SU erfahren wir, daß die Opposition sich am 4. Oktober für die Fortsetzung des fraktionellen Blodes mit den aus der Komintern ausgeschlossenen Ruth Fischer und Maslow weiter einstellt.

Am 12. Oktober erläutert dieselbe Opposition:

„Wir halten für besonders unfehlig jede Art Unterstützung von Personen, die aus der Partei und der Komintern ausgeschlossen sind, wie Ruth Fischer und Maslow.“

Heraus zur Massen-Kundgebung!

Die kommunistische Partei ruft für heute abend 19.00 Uhr die Dresdner Arbeiterschaft auf zur Massenkundgebung

gegen den Kühnschen Polizeierror

Altstadt: „Annensäle“ / Neustadt: „Wahltes Etablissement“ / Löbtau: „Bürgergarten“
Redner: Gen. Leow, Berlin (Mitgl. der Bundesleitung des RFB), Renner, M. d. L., Dr. Schmid, M. d. L.

Schafft die Einheitsfront zum Kampfe für ein rotes Arbeiter-Gachsen!